

WAS DIE WIRTSCHAFT BRAUCHT, UM WACHSTUM UND WOHLSTAND ZU SICHERN

Die #schaffenwir-Kampagne der Wirtschaftskammer geht mit #brauchenwir in die nächste Runde. Ziel ist es, den Standort zu stärken und zu kommunizieren, was für Wachstum und Wohlstand nötig ist. Drei zentrale Forderungen stehen dabei im Mittelpunkt von #brauchenwir.



Weniger Bürokratie #brauchenwir

9 Stunden – so viel wendet ein Unternehmen pro Woche laut market-Umfrage durchschnittlich für Bürokratie auf. Bürokratieabbau ist daher eines der dringlichsten Anliegen der österreichischen Betriebe.

Nötig sind daher

- **effiziente Regulierungen**, die einen unternehmensfreundlichen Rechtsrahmen schaffen,
- **Reformen in der Verwaltung**, die das wirtschaftliche Handeln erleichtern. Ein intelligentes Regulierungssystem ist ein wichtiges Merkmal eines modernen Staates.



Lohnnebenkosten senken #brauchenwir

53 Cent – von einem Euro, den das Unternehmen zahlt, landen nur 53 Cent beim Mitarbeiter bzw. bei der Mitarbeiterin. Diese im Vergleich sehr hohen Arbeitskosten drücken massiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen.

Nötig ist daher

- **eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten**, was aber keinen Abbau von Sozialleistungen bedeutet, sondern
- **eine andere Form der Finanzierung** bei den sogenannten unechten Lohnnebenkosten.



Mehr netto vom Brutto #brauchenwir

1,5 Stunden – wir arbeiten heute fast 1,5 Stunden pro Woche weniger als vor der Corona-Pandemie. Gründe dafür sind die Zunahme der Teilzeit und der Rückgang bei den geleisteten Überstunden, daher brauchen wir Anreize, um wieder mehr zu arbeiten und nicht weniger.

Nötig sind daher

- **mehr steuerfreie Überstunden**, damit sich Mehrarbeit stärker lohnt,
- **stärkere Anreize für den Zuverdienst in der Pension**, um die Menschen länger im Arbeitsleben zu halten,
- **Attraktivierung von Vollzeitarbeit**, um den Trend zu immer mehr Teilzeit zu stoppen bzw. sogar umzudrehen.

Bürokratie: Weniger ist mehr

Ausgangslage:

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Betriebe entlastet werden, auch von überbordender Bürokratie. Dass **zu viel Bürokratie auch ins Geld geht**, hat das private Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria berechnet:

- Jeder Euro weniger, den Unternehmen für Informations- und Erfüllungspflichten aufwenden müssen, erhöht mittel- bis langfristig das BIP um 1,62 Euro.
- Werden Bürokratieaufwand und Bürokratiekosten weniger, steigt die Effizienz: Mitarbeitende und Kapital können effektiver für die eigentliche Unternehmenstätigkeit eingesetzt werden.

Daher #brauchenwir:

- Einrichtung einer **Monitoringstelle für Entbürokratisierung mit Bürokratiekostenindex**: Unabhängige Stelle für permanentes Monitoring des Bürokratieaufwandes für Unternehmen und Vorantreiben von Deregulierungsmaßnahmen. Kostenindex für Bürokratie zur Darstellung des bürokratischen Aufwands in Unternehmen.
- **Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA): Growth Duty** - geplante Regelungsvorhaben berücksichtigen nachhaltiges Wachstum und Produktivität. **Wettbewerbsfähigkeitscheck** - Auswirkungen geplanter Regelungsvorhaben auf die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs evaluieren, bewerten und monitoren. **Reality Checks** - die Akteure aus der Praxis in den WFA-Prozess einbinden. **Digital Checks** - neue Gesetze digitaltauglich und zukunftsorientiert gestalten.
- **Gold Plating** (Übererfüllung von EU-Vorgaben in österreichischen Gesetzen/Verordnungen) zurücknehmen und vermeiden.
- **Entfall von unnötigen Melde- und Informationspflichten.**
- **„Beraten vor Strafen“**: Strafen im Verwaltungsrecht vermeiden, die selbst bei Bagatelldelikten unverhältnismäßig hoch sind, Grundsatz „Beraten vor Strafen“ forcieren.
- **Periode der Evaluierung**: Keine neuen Regelungen, sondern bestehende konsolidieren. Verfahren der Behörden aufeinander abstimmen, einheitliche Auslegungen und gemeinsame Bescheide.

Unternehmen tragen die Forderung nach Bürokratieabbau mit:

Eine Umfrage des WKÖ-Wirtschaftsbarometers (Herbst 2023, 3800 Unternehmen) zeigt: Unternehmen stöhnen unter immer mehr Bürokratielasten.

- 86 Prozent der Unternehmen stöhnen, dass sie in den vergangenen 5 Jahren **immer mehr Zeit und Kosten** für Bürokratie aufwenden mussten.
- 65 Prozent der Unternehmen **fordern** zuallererst die **Reduktion** der Informations-, Veröffentlichungs- und Meldepflichten.

Lohnnebenkosten: Senkung stärkt Wettbewerbsfähigkeit

Ausgangslage:

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hat stark gelitten, nicht zuletzt aufgrund der im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnkostensteigerungen, mit denen die Entwicklung der Produktivität nicht Schritt halten kann. Dadurch sind die Lohnstückkosten deutlich stärker gestiegen als bei unseren wichtigsten Handelspartnern.

Zu diesen Kostensteigerungen, die für viele Betriebe immer schwerer zu stemmen sind, kommt die **hohe Belastung des Faktors Arbeit**:

- Nur zwei OECD-Staaten haben eine **höhere Steuer- und Abgabenlast** auf Löhne und Gehälter als Österreich.
- Während der **OECD-Schnitt bei 34,8 Prozent** liegt, verzeichnet Österreich eine Steuer- und Abgabenbelastung von 47,2 Prozent.
- Konkret bedeutet das: von **1 Euro an Arbeitskosten** bleiben den Arbeitnehmer:innen **netto nur 53 Cent**, 47 Cent müssen abgeführt werden.

Aber auch bei alleiniger Betrachtung der Lohnnebenkosten, also der Arbeitgeberbeiträge, liegt Österreich mit 26,6 Prozent deutlich über dem EU-Schnitt, der 24,8 Prozent beträgt.

Daher #brauchenwir:

- Eine **spürbare Reduktion der Lohnnebenkosten**, um mittelfristig auf das Niveau unseres wichtigsten Handelspartners, Deutschland zu kommen (23,3 Prozent).
- Bei den sogenannten **unechten Lohnnebenkosten**, also jenen, die nicht der Absicherung des konkreten Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin dienen, sollte überlegt werden, diese nicht mehr durch Arbeitgeberbeiträge zu finanzieren, sondern aus Bundes- oder Landesbudgets.
Achtung: Das bedeutet keinen Abbau von Sozialleistungen!

Vorteile einer Lohnnebenkostensenkung:

Eine Senkung der Lohnnebenkosten würde die Belastung des Faktors Arbeit reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken. Davon profitieren keineswegs nur die Unternehmen, sondern auch die Beschäftigten sowie der Standort Österreich insgesamt.

Die Effekte hat **EcoAustria** kürzlich anhand einer Modellrechnung aufgezeigt, bei der von einer Lohnnebenkostensenkung um 1,4 Prozent des BIP ausgegangen wurde.

Die zentralen Ergebnisse:

- Eine Lohnnebenkostensenkung dieses Ausmaßes würde nicht nur Jobs sichern, sondern auch **rund 40.000 neue Jobs** schaffen.
- Zudem steigen der private Konsum, Investitionen und Exporte, wodurch sich das reale BIP mittelfristig um rund 1 Prozent erhöht, das heißt die **Wirtschaftsleistung steigt** mittelfristig um rund **5 Milliarden Euro**.
- Dadurch würde sich die Lohnnebenkostensenkung **zu einem großen Teil selbst finanzieren**, der Rest ist durch Hebung von Effizienzpotenzialen zu finanzieren.

Bevölkerung trägt die Forderung mit:

Laut market-Umfrage sind **mehr als drei Viertel** bzw. konkret 78 Prozent für eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Mehr netto vom Brutto: Arbeit muss sich stärker lohnen

Ausgangslage:

Wir stehen als Standort vor einigen Herausforderungen. Eine wesentliche davon ist der **Arbeitskräftemangel**, der trotz schwacher Konjunktur in vielen Branchen zu spüren ist und der sich aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, ist es daher notwendig, das bestehende Arbeitskräfteangebot bestmöglich zu nutzen.

Das ist derzeit nicht der Fall: Denn die Österreicher:innen arbeiten um fast **1,5 Stunden pro Woche weniger** als vor der Pandemie: Konkret betrug die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit im Vorjahr nur 29,2 Stunden, 2019 waren es noch durchschnittlich 30,6 Stunden.

Das heißt, wir brauchen **Anreize, um mehr zu arbeiten** und nicht weniger.

Daher #brauchenwir:

- **Mehr steuerfreie Überstunden:** Ein Grund für die sinkende Arbeitszeit ist der Rückgang bei den Überstunden. Wir fordern daher, dass mehr Überstundenzuschläge steuerfrei gestellt werden. Denn Bereitschaft zu Mehrarbeit muss sich stärker lohnen.
- **Attraktivierung von Vollzeitarbeit:** Der zweite Grund für den Rückgang der Wochenarbeitszeit ist die starke Zunahme von Teilzeitarbeit. Österreich hat nach den Niederlanden mit 30,9 Prozent die zweithöchste Teilzeitquote in der EU. Bei den Frauen arbeitet sogar mehr als jede Zweite (50,6 Prozent) in Österreich Teilzeit. Wir fordern daher, dass Vollzeitarbeit steuerlich attraktiver wird. Zudem muss das Kinderbetreuungsangebot quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, sodass Eltern überall in Österreich echte Wahlfreiheit und damit auch die Möglichkeit haben, Vollzeit zu arbeiten.
- **Stärkere Anreize für einen Zuverdienst in der Pension:** Derzeit fallen für den Zuverdienst in der Pension hohe Steuern und Abgaben an. Wir fordern daher, dass sich Arbeiten im Alter stärker lohnt und jenen, die in der Pension dazuverdienen, mehr netto vom Brutto bleibt.

Bevölkerung trägt Forderung nach Anreizen für Mehrarbeit mit:

- Laut market-Umfrage wären bei einer Steuerbefreiung von Überstunden **zwei Drittel der Berufstätigen** in Österreich zu Mehrarbeit bereit.
- Und **80 Prozent** sagen, dass sie länger arbeiten würden, wenn der Zuverdienst in der Pension abgabenfrei wäre.
- In der Generation 60+ sind es sogar 84 Prozent.